

Bündnisvertrag zwischen dem SPD Stadtverband Witten und dem CDU Stadtverband Witten für die Ratsperiode 2014 - 2020

Stabiles Bürgerbündnis für unsere Stadt

Verantwortung mutig übernehmen - Herausforderungen gemeinsam gestalten.

Das Wahlergebnis vom 25. Mai 2014 hat das Finden und Bilden von Mehrheiten nicht einfacher gemacht, wir nehmen jedoch den Auftrag der Wählerinnen und Wähler an. Allen ist klar, dass hier keine Ehe aus Liebe und für alle Zeit geschlossen wird. Es geht um eine tragfähige, verlässliche Zusammenarbeit für sechs Jahre.

Bei der Suche nach inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten ist eine Zusammenarbeit der beiden großen Volksparteien in der politischen Alltagskultur keine Selbstverständlichkeit. Nach unserer Überzeugung ist diese Zusammenarbeit die richtige Antwort auf die Herausforderungen, die in den kommenden Jahren die Politik in Witten prägen werden.

Diese Überzeugung ist das Fundament unserer Zusammenarbeit. Dies ist eine große Stunde der Pragmatiker, nicht der Ideologen. Wir sind aufgefordert, uns den Sachproblemen gemeinsam zu stellen und der festen Überzeugung, dass SPD und CDU dieses Projekt mit ihrer breiten kommunalen Verankerung am besten zum Erfolg führen können, denn kommunale Politik ist kein Selbstzweck. Sie dient dazu, für die Menschen in unserer Stadt die Lebensbedingungen optimal zu gestalten.

Das Bündnis aus SPD und CDU wird Witten voran bringen. Es geht uns um die besten Lösungen für ein erfolgreiches Witten. Diese werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt erarbeiten und die Weichen stellen. Wir wollen die anstehenden Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die „Haushaltssanierung“, den „Kornmarkt“, die „Rathaussanierung“, den „Straßenzustand“ und die „Demokratiemüdigkeit“ entschlossen angehen. Wir nehmen uns vor, beispielhafte Lösungen für die Gestaltung des demografischen Wandels und der Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge zu erarbeiten.

Dieses Bündnis steht für solide Finanzen. Wir werden die Weichen stellen, um im partnerschaftlichen Miteinander zwischen Kommune, Kreis, Bezirksregierung, dem Land NRW und dem Bund den finanzpolitischen Anforderungen gerecht zu werden. Wir wollen verantwortungsvoll in die Zukunft blicken und verstehen solide Finanzen auch als eine Grundlage für mehr Generationengerechtigkeit. Wir werden Witten aber nicht „kaputt sparen“, sondern Spielräume für Investitionen in die Zukunft eröffnen.

Die Ansprüche an demokratische Partizipation haben sich verändert. Bei der Suche nach den besten Lösungen für unsere Stadt werden wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen, um mit uns gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Wir werden die Möglichkeiten verbessern, sich im Vorfeld von Entscheidungen aktiv einzubringen und Bürgernähe aktiv vorleben. Mit einer aktiven Bürgergesellschaft begründen wir die Chance, das ehrenamtliche Engagement im Sinne des Gemeinwohls unserer Stadt zu stärken. Den anderen Fraktionen und Mitgliedern des Rates mit Ausnahme derer, die keine demokratischen Standpunkte vertreten, machen wir das Angebot, mit uns zusammen zu arbeiten. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam die Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen und nicht ideologisch orientierte Blockadepolitik zu betreiben.

Die großen Herausforderungen der kommenden Zeit lassen sich nur auf Basis einer stabilen, verbindlichen und verlässlichen Zusammenarbeit bewältigen. SPD und CDU werden die gemeinsame Arbeit mit großem Vertrauen in eine faire und konstruktive Zusammenarbeit gestalten. Wir machen uns auf den Weg, diese Kraft der Verlässlichkeit und der Gestaltung zu sein.

Handlungsspielräume durch solide Finanzen schaffen - Finanzielle Verantwortung übernehmen.

Für Witten als Stärkungspaktkommune ist es erforderlich, die Notwendigkeit der strukturellen Konsolidierung des städtischen Haushalts als feste Rahmenbedingung einzubeziehen. Wir werden uns deshalb der Aufgabe einer klaren zeitlichen Prioritätensetzung nicht entziehen. Die finanzielle und personelle Machbarkeit im Rahmen der jährlichen Budgets werden wir beachten.

Das Land NRW wird den städtischen Haushalt durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen bis 2020 mit insgesamt rd. 70 Mio. Euro nur dann unterstützen, wenn Witten einen genehmigten Haushalt vorweist. Wir wollen diese Chance nutzen, um als Rat wieder vollständig unabhängig von der Kommunalaufsicht entscheiden zu können.

Neben der eigenen erfolgreichen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation werden wir gemeinsam auf den Bund einwirken, damit dieser schnell einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation leistet. Im Gespräch mit dem EN-Kreis ist sicher zu stellen, dass diese Hilfen auch bei den Städten ankommen.

Unser Ziel ist es, zum Ende dieser Ratsperiode einen ausgeglichenen Haushalt ohne die Mittel des Stärkungspaktes vorzulegen. Bei diesem Ziel werden wir durch sparsame und effiziente Haushaltsführung finanzielle Spielräume für eine zukunftsweisende Politik gewinnen. In Verantwortung für künftige Generationen werden wir Verschuldung langfristig abbauen. Dabei zeigen wir nicht einfach auf Dritte und deren Verantwortung, sondern wir werden auch eigene Möglichkeiten nutzen, dieses Ziel zu erreichen. Um Planungssicherheit zu schaffen, kann es sinnvoll sein, Doppelhaushalte vorzulegen.

Die Gewinnabführungen der städtischen Töchter werden wir so bemessen, dass das Konsolidierungsziel der Stadt leichter erreicht wird, ohne die Entwicklung der Beteiligungen zu gefährden.

Eine glaubwürdige Politik und die Einhaltung des Stärkungspaktes setzen eine solide Finanzierung voraus. Wir sagen deshalb offen und ehrlich: Nicht alles, was wünschenswert ist, wird sofort finanzierbar sein.

Demokratie lebhaft stärken – Rahmenbedingungen für das Ehrenamt verbessern.

Wir sehen mit Besorgnis die ständig abnehmende Wahlbeteiligung und die Tatsache, dass insbesondere junge Menschen überproportional der Wahlurne fern bleiben. Mit einer Demokratieoffensive werden wir die Demokratie stärken, u.a. auch, um rechtsextremen Parolen und Parteien Einhalt zu bieten. Wir werden dazu zivilgesellschaftliche Initiativen, wie z.B. den Jugendring und den Ring politischer Jugend wieder beleben, die Seniorenvertretung und den Integrationsrat fördern, aber auch Begegnungsprogramme zwischen dem Rat und den Schülerinnen und Schülern in unserer Stadt organisieren. Wir werden die Fraktionen mit bedarfsgerechten Mitteln unterstützen, damit diese ihre politische Willensbildung und Demokratietarbeit uneingeschränkt fortsetzen und ausbauen können.

Die erfolgreiche Arbeit des KiJuPa durch Einbindung der jungen Menschen in Entscheidungsprozesse in unserer Stadt werden wir ausbauen und u.a. dadurch stärken, dass diesen ein Etat von 30.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt wird. Darüber kann das KiJuPa in einem breiten Beteiligungsprozess der jungen Menschen in unserer Stadt im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachausschuss selbst entscheiden. Das Engagement für die Spielflächen unterstützen wir ausdrücklich und wollen es mit einem „Spielplatzpaten-Programm“ unterstützen.

Briefwahl, barrierefreie und kurze Wege zum Wahllokal, mobile Wahlurnen – wir werden nichts unversucht lassen, um mehr Menschen zur Wahl zu bringen. Eine Wahl, zu der nicht einmal jeder Zweite geht, ist eine deutliche Warnung an die Demokratie.

Mit Besorgnis verfolgen wir die kontinuierliche Unterstützung rechtsradikaler Kräfte in unserer Stadt. Da deren Parolen weiter Wirkung zeigen, werden wir mit einer breiten Kampagne daran arbeiten, dass dem nächsten Wittener Rat keine extremistische Partei mehr angehört.

Wir sind der Überzeugung, dass eine bessere Bürgerbeteiligung in Witten unverzichtbar ist, um die Demokratie vor Ort zu stärken und wieder mehr Menschen für ein Engagement in unserer Stadt zu ermutigen. Zusätzlich werden wir die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sachkunde stärker an der Ausschussarbeit mit Stimmrecht beteiligen.

Dem Integrationsrat und der Seniorenvertretung, welche wir in der Hauptsatzung verankern, werden wir Beratungsrechte in der öffentlichen Ausschussberatung durch jeweils eine/n sachkundige/n Einwohner/in einräumen und die Vorlagen der Sitzungen per Mail zustellen lassen.

Die Menschen, die sich in unserer Stadt ehrenamtlich engagieren, werden wir in ihrer Arbeit unterstützen. Dazu werden wir u.a. das kostenlose Parken mit der Ehrenamtskarte ermöglichen und die Arbeit der Ehrenamtlichen durch die Gründung eines Netzwerkes fördern.

Integration leben – Soziale Gerechtigkeit schaffen.

Integration werden wir in unserer Stadt durch Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen stärken. Wir wollen das in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung bereits praktizierte Verfahren der anonymen Bewerbung auch in Witten mit einem Pilotprojekt bei den Stadtwerken unterstützen und nach einer Evaluierung entscheiden, ob und wie wir dieses auf weitere Bereiche ausdehnen.

Mit einer Familienkarte wollen wir den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen erleichtern. Im Rahmen eines Pilotprojektes werden wir die quartiersorientierte Seniorenberatung fördern. Wir werden die Verwaltung dabei unterstützen, Fördermittel des Landes NRW für Quartiersmanager und für die Fortsetzung des Programms „Soziale Stadt“ sowie „Stadtumbau West“ zu beantragen.

Den bereits beschlossenen jährlichen Sozial- und Demografiebericht werden wir um einen konkretisierenden Armutsteil sowie einen runden Tisch „Demografischer Wandel“ ergänzen und die Erstellung von Kriterien sowie die Berichterstattung spätestens in 2016 umsetzen. Daraus wollen wir u.a. einen Aktionsplan gegen Kinderarmut entwickeln.

Wir wollen die inklusive Stadt verbessern und dazu einen qualifizierten Inklusionsplan erarbeiten. Rathaus, Lichtzeichenanlagen, Straßenquerungen und ÖPNV werden bei Um- oder Neubauten möglichst barrierefrei gestaltet. Hilfreiche Hinweise erhoffen wir uns von den örtlichen Behindertenorganisationen.

In der Verwaltung und bei städtischen Gesellschaften werden wir weiter zukunftsfähige Ausbildungsplätze und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen sowie die Arbeit unserer städtischen Beschäftigungsgesellschaft weiter fördern.

Infrastruktur nachhaltig verbessern – Verkehrskonzepte zukunftsfähig erstellen.

Wir wollen den schlechten Zustand unserer Straßen verbessern und im Jahr 2015 eine Million Euro mehr für die Sanierung unserer Straßen ausgeben. Doch die Straßensanierung allein wird nicht unsere Verkehrsprobleme lösen. Deswegen werden wir ein Verkehrskonzept für Alle entwickeln. Es muss Schluss sein mit langen Staus auf unseren Straßen. Wir fordern in diesem Zusammenhang den Ausbau des Metropolrades Ruhr und die breitere Versorgung mit E-Car- und E-Bike-Tankstellen. Den öffentlichen Nahverkehr werden wir mit einer Erhöhung der Park&Ride-Parkplätze ebenso unterstützen wie mit einer leistungsstarken, kostengünstigen, bedarfsorientierten und ökologisch neuen Konzeption.

Wir dringen auf eine schnelle Entscheidung des Landes NRW bei der Frage der Zukunft der Herbeder Ruhrbrücke und setzen uns für einen Neubau ein, der eine drohende Sperrung vermeidet und die Verkehrssituation an der Seestraße entspannt.

Falls die gesetzlichen Bestimmungen es zulassen, werden wir alles daran setzen, ein Naturfreibad an der Ruhr einzurichten. Den Streichelzoo auf dem Hohenstein werden wir erhalten.

Unsere Stadt zukunftsfest planen – Wohnortnahe Versorgung sicher stellen.

Wir werden in dieser Ratsperiode die Sanierung des Rathauses angehen und im Kern abschließen. Im Rathaus wird ein barrierefreies Zentrum für die Bürgerinnen und Bürger entstehen und für Beschäftigte werden wir eine bürgernähere Organisation und zeitgemäße Arbeitsbedingungen schaffen. Wir sorgen zudem für einen moderneren Internetauftritt einschließlich „Witten-App“, damit man sich den Weg in das Rathaus in vielen Fällen ganz sparen kann und die Verwaltung auf zeitgemäßen Wegen dennoch erreicht.

Die seit langem diskutierte Veränderung des Kornmarktes werden wir durch eine Ausschreibung präzisieren. Sollte dieses Verfahren am Ende nicht dem politischen Willen und dem bürgerschaftlichem Wunsch nach Identität entsprechen, werden wir prüfen, ob und inwieweit die Fläche gemeinsam mit Wittener Akteuren entwickelt werden kann.

Neue Wohn- und Gewerbegebiete werden wir, auch im Wege interkommunaler Zusammenarbeit, nur unter Beachtung der gesetzlichen Umwelanforderungen entwickeln. Für uns hat der Erhalt vorhandener Freiflächen einen hohen Stellenwert.

Der Masterplan Einzelhandel wird an die Bedürfnisse der Menschen angepasst und beschlossen. Weitere Handlungskonzepte sind erforderlich, um für die Bevölkerung ein wohnortnahes Waren- und Dienstleistungsangebot sicher zu stellen.

Wir werden als Pilotprojekt in einem Neubaugebiet auf kommunale Wertschöpfung teilweise verzichten und stattdessen Grundstücke für Familien mit zwei oder mehr Kindern subventionieren.

Die städtische Siedlungsgesellschaft werden wir stabilisieren, damit diese gemeinsam mit anderen kommunalen Wohnungsunternehmen für ein soziales Wohnungsangebot mit hoher Qualität in Witten sorgen kann.

Zur Stärkung unserer Universität werden wir deren Weiterentwicklung unterstützen und alle Anstrengungen unternehmen, die Universität in unserer Stadt und im Gesellschaftsleben besser zu integrieren.

Verlässliche Betreuung organisieren – dem Bildungsanspruch der Eltern gerecht werden.

Wir werden gemeinsam mit der Verwaltung prüfen, wie die Betreuungsversorgung auch über Betriebskindergärten verbessert werden kann. In dieser Ratsperiode werden wir das bedarfsgerechte Angebot im U3-Bereich auf mindestens 40 % erhöhen. Sofern finanziell möglich, streben wir eine Versorgung von 50 % an.

Zur Verbesserung der Bedingungen in den Kitas werden wir im Jugend- und Schulausschuss zusätzliche Mittel für Einrichtungen in benachteiligten Sozialräumen und für die Sprachförderung bereitstellen. Die Qualität wollen wir mit einer Befragung der Kinder, Jugendlichen, Eltern und des Fachpersonals überprüfen. Mit Hilfe eines Kita-Navigators sollen sich Eltern über das stadtweite Angebot informieren und ihre Anmeldungen durchführen können. Wir werden dazu die Erfahrungen anderer Kommunen auswerten und die Verwaltung auffordern, ein Angebot zum Ankauf der Software zu erstellen. Das erfolgreiche Projekt „Kind in Witten“ werden wir weiter mit kommunalen Mitteln fördern. In Ergänzung des „Kinder-Notinsel-Projekts“ werden wir ein Kinder-Nottelefon in Kooperation zwischen Kommune, Polizei und Feuerwehr etablieren.

Bildung hat bei uns den höchsten Stellenwert. Wir werden keine Wittener Schulen schließen, wenn die Eltern durch die Anmeldung ihrer Kinder dokumentieren, dass Eingangsklassen gebildet werden können. Eine Aufgabe von Standorten kann durch Bildung von Teilstandorten abgewendet werden. Mit uns wird es die von der Verwaltung gewünschte Schließung oder Innenstadt-Verlagerung der einzigen weiterführenden Schule in Herbede nicht geben.

Wir werden für ein Angebot an Plätzen an den weiterführenden Schulen sorgen, welches dem Elternwillen entspricht. Insbesondere werden wir es nicht mehr hinnehmen, dass Kindern mangels ausreichender Plätze der Weg zum Abitur wesentlich erschwert oder verbaut wird.

In dieser Ratsperiode werden wir alle weiterführenden Schulen zu Ganztagschulen machen und damit dem Elternwillen gerecht werden.

Sicherheit wesentlich verbessern - Wirtschaft zielgerecht fördern – Verwaltung effizient modernisieren.

Wir wollen die Sicherheit und die Sauberkeit in unserer Stadt wesentlich verbessern. Dazu werden wir ein „Sauber und Sicher“-Telefon nebst Internetmeldung etablieren, mit dem Bürgerinnen und Bürger Dreckecken, defekte Laternen oder Schmierereien melden können. Diese werden öffentlich kontrollierbar auf der Homepage der Stadt Witten mit Datum erfasst und kontinuierlich abgearbeitet.

Offenen Alkohol- und Drogenmissbrauch werden wir deutlich bekämpfen. Um die Kontrollmöglichkeiten durch das Ordnungsamt zu verbessern, werden wir dieses durch Umsetzung aufstocken und den Gedanken der Ordnungspartnerschaft wieder beleben.

Die Zukunft der Wirtschaftsförderung werden wir unter Berücksichtigung einer engeren Zusammenarbeit mit dem EN-Kreis prüfen und im Jahr 2015 auf neue Beine stellen. Die Zusammenarbeit mit den hiesigen Unternehmen ist nicht nur in der Betreuung auszubauen. Wir werden einen „Mittelstandslotsen“ in der Verwaltung schaffen, der für unsere Unternehmen der Ansprechpartner für Genehmigungen, Probleme und Fragen ist. Diese sollen nicht unnötig Zeit damit verbrauchen, von einem Amt zum nächsten zu laufen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Witten bis 2020 bedarfsgerecht mit schnellen Datenverbindungen ausgestattet wird. Dies benötigen wir nicht nur für unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern erst recht für die heimische Wirtschaft.

Wir unterstützen die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung und werden mit Hilfe neuer Steuerungselemente und der Nutzung moderner Kommunikationstechniken die Aufgabenerfüllung bürgernah, dienstleistungsorientiert, aufgabengerecht und kosteneffizient gestalten.

Kulturelle Vielfalt erhalten – Kulturschaffende vertrauensvoll beteiligen.

Die Kulturpolitik in Witten ist in den letzten Jahren durch zahlreiche Diskussionen belastet worden. Wir setzen ein klares Zeichen, Vertrauen wieder aufzubauen und werden einen Kulturbeirat schaffen, der mit beratender Stimme dem Kulturforum angehört. Wir setzen uns für den Fortbestand bewährter kultureller Veranstaltungen ein und werden eine aktive freie Kulturszene unterstützen. Die Frage der Rechtsform des Kulturforums werden wir prüfen und evaluieren, die Satzung erforderlichenfalls anpassen. Einem möglichen Verteilungskampf unter den Kulturschaffenden treten wir entgegen. Wir wollen prüfen lassen, wie ein Kulturmarketing durch ein passend zugeschnittenes, eigenes Werbekonzept mit kulturellem Schwerpunkt und Bündelung des kulturellen Angebots möglich ist.

Pluralität im Sport fördern – Planungssicherheit herstellen – Versprechen erkennbar einlösen.

Die überragende Bedeutung des Sports in unserer Stadt erkennen wir an und werden neben dem Breitensport auch den Leistungssport weiterhin fördern. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg bleibt das erfolgreiche konsensuale Modell des „Sparen mit dem Sport“.

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Verwaltung frühzeitig Planentscheidungen mit Anforderungen formuliert, um den Vereinen für ihre vorhersehbaren (Groß-)Veranstaltungen Planungssicherheit zu geben.

Der lange versprochene Hallenanbau „Märkische Straße“ ist unverzüglich zu beginnen.

Gemeinsame Arbeit verbindlich und verlässlich gestalten.

Diese Bündnisvereinbarung gilt für die Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020. Die Partner tragen für die gesamte Politik des Bündnisses gemeinsam Verantwortung und werden ihre Arbeit laufend und umfassend miteinander abstimmen. Dazu treffen sich die Bündnispartner zu regelmäßigen Gesprächen in einem Bündnisausschuss, in welchem Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beraten werden.

Im Rat und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Bündnisfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Über das Verfahren wird Einvernehmen zwischen den Bündnisfraktionen hergestellt. Anträge auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht. Wie oben aufgeführt laden wir andere demokratische Ratsmitglieder ein, an unserem Bürgerbündnis mitzuwirken.